

Interessensgemeinschaft Antifeminismus

Acht Forderungen

Warum das feministische Lügengebäude zusammenbrechen wird

von René Kuhn

Der Autor ist Gründer der Interessensgemeinschaft Antifeminismus (IGAF) und ehemaliger Präsident der Schweizerischen Volkspartei in der Stadt Luzern.
Foto (Kuhn) von René Kuhn

Es tut sich was in der Feminismus-Industrie. Die feministischen Lügengebäude wie etwa „der Mann der Täter – die Frau das Opfer“ fallen langsam in sich zusammen. Dank Widerstand von vielen Seiten können solche Märchen nicht mehr länger Bestand haben, auch dank des Einsatzes der vor ein paar Monaten gegründeten Interessensgemeinschaft Antifeminismus (IGAF).

Der erste internationale Antifeminismus-Kongress, den diese IGAF Ende Oktober organisiert hat, war ein voller Erfolg. Über 150 Personen konnten sich in sechs Referaten darüber informieren, welche verheerenden Folgen der Feminismus angerichtet hat, wo dadurch Männer in zahlreichen Belangen diskriminiert werden und warum die feministischen Gerichte gerne auf den Frauenbonus zurückgreifen.

Bevor es zu diesem Kongress kommen konnte, waren zahlreiche Hürden zu nehmen. Insgesamt mussten drei Absagen von verängstigten Eigentümern der Veranstaltungsorte hingenommen werden, weil diese durch Politik und Linksextremisten eingeschüchtert wurden. Eine Gemeinde wollte unser Treffen behördlich verbieten, linke Chaoten riefen öffentlich zu Gewalt auf und verschmierten gar das Gemeindehaus eines geplanten Austragungsortes. Nur unter strengsten Sicherheitsmaßnahmen konnte der erste internationale Antifeminismus-Kongress in der Nähe von Zürich stattfinden. Die Feministinnen haben mit ihren Gewaltausbrüchen ihr hässliches Gesicht gezeigt und gleich auch noch ihr Demokratieverständnis offenbart. Die Zürcher Kantonalbank verweigerte der IGAF die Kontoeröffnung, da die Organisation nicht mit ihren Grundwerten kompatibel sei. Dieselbe Zürcher Kantonalbank unterhält Geschäftsbeziehungen mit dem Iran und engagiert sich in der Abwicklung und Finanzierung von Exportgeschäften schweizerischer Firmen in ein Land, welches die Großbanken UBS und CS meiden.

Feministische Mythen und Märchen

In den letzten Wochen ereigneten sich seltsame Dinge. Jahrzehntlang wurde uns von den Gleichstellungsbüros, Behörden und Medien eingeredet, dass Gewalt eine Männerdomäne sei. Dazu wurden Gesetze und unzählige Stel-

len im Sozialstaat geschaffen und Frauenhäuser aus dem Boden gestampft, um die „armen, hilflosen Frauen“ aufzunehmen. Die IGAF verweist darauf, dass insgesamt 271 seriöse wissenschaftliche Forschungsberichte mit über 365.000 untersuchten Personen zum Thema häusliche Gewalt länderübergreifend zu immer denselben Ergebnissen gelangen: Häusliche Gewalt geht zu annähernd gleichen Teilen von beiden Partnern aus. In einer Partnerschaft sind 12 Prozent der Männer und 11,6 Prozent der Frauen familiär gewalttätig. Schwer gewalttätig sind 4,6 Prozent der Frauen und 3,8 Prozent der Männer.

Nachdem sich jedermann bei uns über den Stand der Forschung informieren kann, scheint es inzwischen den besagten Institutionen unwohl zu werden. Die Gleichstellungsbüros verharren wie das Kaninchen vor der Schlange: Sie schweigen beharrlich. Doch kurz vor dem Antifeminismus-Kongress hat selbst die Schweizerische Bundesverwaltung im Namen des Bundesamtes für Statistik verlauten lassen, dass immerhin 20 Prozent aller Verurteilten infolge häuslicher Gewalt Frauen seien – vor wenigen Monaten noch unvorstellbar.

Die IGAF kämpft seit ihrer Gründung im April 2010 gegen sämtliche Widerstände. Mit unseren in gerade sieben Monaten gewonnenen über 2.000 Mitgliedern sind wir auf guten Wegen, die milliardenschwere Frauenförderung das Fürchten zu lehren.

Was ist nun zu tun?

Im deutschen Grundgesetz ist unter anderem festgeschrieben, dass keine Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts stattfinden dürfen. Die Parlamente und die Gerichte verweigern sich aber, diesem Verfassungsgebot nachzukommen und diskriminieren Männer in etlichen Belangen. Klagen kann man wohl in einem Rechtsstaat, nicht aber in Ländern, in denen es sich selbst das oberste Gericht herausnimmt, feministische Ideologie über geschriebenes Recht zu stellen. Wer also an den Missständen etwas ändern will, darf nicht klagen, sondern muss den Umbau des Staates in Angriff nehmen. Wir fordern daher:

Erstens: Eine für die Behörden und die Justiz bindende und widerspruchsfreie geschriebene Verfassung mit in-



Emanzipiert: René Kuhn

dividuell einklagbaren Rechten, unabhängig vom Geschlecht. Das Verbot von Gruppenrechten wie zum Beispiel Frauenquoten ist in der Verfassung festzuschreiben.

Zweitens: Die Streichung des Gleichstellungsgebots. Das Gleichstellungsgebot ist totalitär und nicht vereinbar mit dem Gleichberechtigungsgebot.

Drittens: Die Schließung sämtlicher Gleichstellungsbüros. Diese werden dazu missbraucht, feministische Propaganda zum Schaden der Hälfte der Bevölkerung, des Mannes, zu betreiben, und die Frauenprivilegien ständig auszubauen.

Viertens: Die völlig unwissenschaftlichen Studiengänge zu Geschlechterfragen – sogenannte „Gender Studies“ – haben an den Universitäten nichts verloren. Entsprechende Bachelor-, Master- und Professorentitel sind abzuerkennen, da sie den falschen Anschein einer wissenschaftlichen Ausbildung vermitteln.

Fünftens: Das gemeinsame Sorgerecht für unverheiratete und geschiedene Paare, sowie eine Strafnorm für Kindsentzug und den Verlust des Sorgerechts für Elternteile, welche dem andern Elternteil den Kontakt mit dem Kind verwehren.

Sechstens: Ein Verbot der Abtreibung oder ein Mitspracherecht des Vaters oder eines dem Abtreibungsrecht der Mutter analoges väterliches Recht auf Abstandnahme von der Vaterschaft.

Siebtens: Gleiches Rentenalter für Mann und Frau.

Achtens: Obligatorischer Militär-/Zivildienst oder Wehrpflichtersatz für alle Frauen.

Wir sind zuversichtlich, dass wir diese Ziele für ein wirklich gleichberechtigtes Neben- und Miteinander von Mann und Frau in absehbarer Zeit erreichen werden. Daher kämpfen wir Männer zusammen mit den Frauen weiter für eine tatsächliche Gleichberechtigung von Mann und Frau. ○

Friedrich A. von Hayek-Gesellschaft e.V.

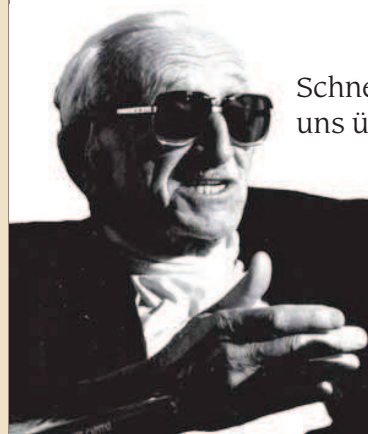
in Verbindung mit der
Friedrich August von Hayek-Stiftung
für eine freie Gesellschaft

www.hayek.de

Die Friedrich-August-von-Hayek-Gesellschaft ist eine Vereinigung zur Förderung von Ideen im Sinne von Hayeks. Im Mittelpunkt steht die Idee einer „Verfassung der Freiheit“.

In den Hayek-Einrichtungen wird im besonderen die Tradition der Österreichischen Schule und eines entschiedenen Liberalismus weitergeführt. Wir

- ... geben (mit dem Walter-Eucken-Institut) die Werke des Meisters heraus,
- ... veranstalten die Hayek-Tage (nächster Termin: Sommer 2011),
- ... verleihen die Hayek-Medaille,
- ... veranstalten einen Essay-Wettbewerb an deutschen Universitäten,
- ... bauen ein Netz von freiheitsbewußten jüngeren Leuten in bisher vier Juniorenkreisen (Wirtschaft, Publizistik, Politik, Wissenschaft) auf,
- ... veranstalten monatlich Gesprächsabende zu aktuellen Themen in Berlin,
- ... geben eine Brevierreihe „Meisterdenker der Freiheitsphilosophie“ heraus,
- ... stellen die Verbindung zur Mont-Pélerin-Society und anderen internationalen Freiheitsorganisationen her.



Schneller Kontakt zu
uns über

www.hayek.de
oder noch
schneller:
[habermann@
hayek.de](mailto:habermann@hayek.de)

F.A. von Hayek